

LAK „Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V.“  
warnt vor den Folgen von Hartz IV:

## **Die Jugendhilfe muss in den Prozess einbezogen werden!**



*Freitagabend. Ich bin mit meinen Kollegen auf Streetwork-Runde im Stadtteil. Etwas abseits von seiner Clique sitzt Ronny auf einer Bank. Er sieht ziemlich fertig aus und es dauert eine Weile, bis er mit der Sprache heraus rückt. „Die haben mich erwischt, als ich eine Schachtel Kippen klauen wollte“, gibt er beschämt zu, „jetzt habe ich eine Anzeige am Hals.“ „Ist halt blöd, wenn man das Bezahlen vergisst.“, stochere ich in der Wunde. „Ich weiß“, sagt Ronny, „aber ich habe absolut nix Bares mehr in der Tasche“. „Wie kann das denn sein?“, frage ich. „Der Typ im Jobcenter hat mir den Geldhahn abgedreht. Bloß weil ich nicht für 1 Euro im Pflegeheim arbeiten wollte. Jetzt habe ich drei Monate lang keine Kohle!“, flucht Ronny – und fügt wütend hinzu: „Essen kriege ich jetzt nur noch mit Lebensmittelgutscheinen – wie nach dem Krieg!“ „Wieso hast du den Pflegeheim-Job nicht genommen?“, wollte ich wissen. „Das ist absolut nicht mein Ding.“, bekam ich zur Antwort, „Ich musste schon mal ein paar Arbeitsstunden in einem Pflegeheim ableisten – der Horror! Eigentlich wollte ich ja einen Ausbildungsplatz als Tischler, aber da war keine Stelle frei. Naja, der Fallmanager hat auf den Pflegeheim-Job bestanden, da habe ich dem erst mal meine Meinung gesagt.“ „Und wie ging’s dann weiter?“, hakte ich nach. „Dann haben die mir einen Brief geschickt, dass ich trotzdem zum Monatsbeginn in dem Pflegeheim antanzen soll. Die haben nichts kapiert! Den Brief habe ich auch gleich zerrissen.“ Kopfschüttelnd berichtet Ronny weiter: „Tja, und es dauerte gar nicht lange, bis dann das hier kam.“ Er kramte ein zerknülltes Schreiben aus seiner Jacke und hielt es mir vor die Nase. Das las sich nicht gut: Alle Geld-Leistungen werden gestrichen, und die Miete direkt an den Vermieter überwiesen. „Verstehst du jetzt, warum ich klauen muss?“, fragt mich Ronny.*

Diese Geschichte ist frei erfunden. Aber man muss nicht einmal Pessimist sein, um zu erahnen, dass uns solche Gespräche im Jahr 2005 des öfteren bevorstehen dürften.

Das Tückische daran ist, dass dann auch für Sozialarbeiter kaum noch Handlungsmöglichkeiten bestehen. Selbst das sofortige Einlegen eines Widerspruchs ändert die Situation nicht, weil Widersprüche nun keine aufschiebende Wirkung mehr haben.

Wir befürchten, dass durch die neuen Hartz IV-Regelungen und -Sanktionen viele Jugendliche in eine fatale Situation geraten werden.

Das neue Sozialgesetzbuch II sieht vor, dass alle erwerbsfähigen jungen Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren unter die Zuständigkeit eines Fallmanagers im Jobcenter fallen.

Ein solcher Fallmanager ist jedoch für bis zu 75 Jugendlichenverantwortlich.

Grob überschlagen bedeutet das, dass der Fallmanager im Schnitt für jeden dieser jungen Menschen gerade einmal zwei Stunden pro Monat zur Verfügung hat. Unseren Erfahrungen nach benötigen aber vor allem Jugendliche mit sozialen Benachteiligungen ein weitaus höheres Maß an Betreuung und Begleitung. Dazu kommt, dass die Fallmanager unter dem Druck stehen, ihre Fälle in kürzester Zeit in irgend eine Maßnahme zu bringen.

Die betroffenen Jugendlichen haben dabei allerdings keinerlei Anspruch auf einen Ausbildungsplatz, von einer freien Berufswahl ganz zu schweigen. Was dies für die sowieso schon schwache Motivation vieler Jugendlicher bedeutet, kann sich wohl jeder selbst ausmalen. Auch (bzw. gerade) die Drohung einer unmittelbaren und 100-prozentigen Sanktionierung durch die Streichung des Leistungsbezuges ist nicht für einen Motivationsschub geeignet.

Im Gegenteil! Jugendliche, deren Biografien durch Abbrüche und andere schlechte Erfahrungen geprägt sind, werden diesem Druck ausweichen.

Allerdings werden sie das auf eine Weise tun, die zu verschärften negativen Entwicklungsverläufen führen wird.

Armut, Gesundheitsschäden, Kriminalisierung, Stigmatisierung, Perspektivlosigkeit, Abwanderung – die Liste ist erschreckend lang, aber vermutlich nicht einmal vollständig.

Um diesem Prozess entgegen zu steuern, fordern wir folgende Maßnahmen:

- Die Jugendhilfe muss bei der Ausgestaltung der Durchführungsbestimmungen der jeweiligen ARGE aktiv einbezogen werden!
- Das schließt eine vertragliche Verankerung der Kooperation zwischen Fallmanager und Jugendhilfe bei einem individuellen Fallmanagement ein!
- Sozialarbeitern muss vor allem bei Jugendlichen mit individuellen oder sozialen Benachteiligungen die Möglichkeit einer Beistandschaft eingeräumt werden!
- Jobcenter und Jugendhilfeangebote müssen unter dem Leitziel „Intervention vor Sanktion“ vernetzt werden!
- Die Vermittlung von Ausbildungsplätzen muss oberste Priorität erhalten! Dabei sind die Neigungen und Fähigkeiten der Jugendlichen zu berücksichtigen!
- Den Jugendlichen sollen weitestgehend wohnortnahe Angebote unterbreitet werden, um eine weitere Abwanderung zu verhindern!
- Für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, einschließlich der „1-Euro-Jobs“, müssen Qualitätsstandards entwickelt und festgeschrieben werden!
- Die Fallmanager im Jugendbereich müssen sozialpädagogisch qualifiziert werden!

Außerdem dürfen durch Hartz IV keine neuen sozialen Brennpunkte entstehen!

Hier sehen wir Stadt-, Sozial- und Jugendhilfeplanung in der Verantwortung, negativen Entwicklungen von Stadtteilen und Regionen durch eine Entmischung der sozialen Schichten entgegen zu wirken.

Keine schwerpunktmäßige Ansiedlung von Arbeitslosengeld II-Empfängern an einem Ort!

Da die vollständigen Auswirkungen des neuen Sozialgesetzbuches II auf Kinder und Jugendliche noch nicht in vollem Umfang absehbar sind, halten wir eine begleitende wissenschaftliche Evaluation für dringend erforderlich!